



Was bringt uns der Merz?

Der Wahlkampf in Deutschland ist vorbei und die Wahlergebnisse bringen uns eine düstere Vorahnung. Das rechte Lager aus CDU und AfD bringt es auf fast 50%. Die AfD muss nicht in der Regierung sein, um der Politik ihren arbeiterfeindlichen, rassistischen und sexistischen Stempel aufzudrücken. Die kommende Koalition, angeführt von Merz, plant die „Stärkung der Wirtschaft Deutschlands“ und eine aggressive Aufrüstungspolitik. Aber die Neuigkeiten aus Washington überlagern alles.

Mit der Demütigung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj vor laufenden Kameras hat Trump den Anspruch der USA als absolut dominierende Weltmacht zur Schau gestellt. Aber Scholz und andere Führer der EU haben auch schon lange ein Auge auf die Reichtümer der Ukraine und vieler anderer Länder geworfen. Sie wollen das Gleiche, imperialistische Dominanz beweisen, sie haben das nur etwas netter verpackt. Der Kurs von Trump ist brutal, aber bewirkt, dass die Kapitalisten und Imperialisten ihre Masken fallen lassen und ganz offen nach dem „Recht des Stärkeren“ handeln. Die EU-Spitze versucht wieder Boden unter den Füßen zu gewinnen, um den vorderen Platz in der Rangliste der Welt zu halten. Deshalb gibt es jetzt die vielen hektischen Versuche, „unabhängig von der USA zu werden“. Die deutsche EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen legte dazu einen Plan für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben mit 800 Milliarden Euro vor. Merz und Scholz diskutierten keine Woche nach der Wahl nicht nur eins sondern zwei milliardenschwere „Sondervermögen“. Unter dem Vorwand der „Verteidigung“ hunderte Milliarden (400 Milliarden?) für die Bundeswehr und 500 Mrd. für die „Infrastruktur“.

Mit Sicherheit keine Sicherheit

Eine goldene Zeit für deutsche Rüstungsunternehmen bricht an! Rheinmetall plant bereits die Umstellung zweier deutscher Fabriken auf Rüstungsproduktion. Kürzlich auf der Enforce Tac – „Messe für innere und äußere Sicherheit“, die in Wahrheit eine Militarisierungs- und Aufrüstungsmesse ist – hat sich gezeigt, dass eine Reihe von deutschen Unternehmen schon die passenden Produkte in der Warte hat, wie z.B. High Tech Drohnen. Wenn alle aufrüsten, ist aber das Versprechen von „Frieden“ eine Lüge.

Merz will „schlanken Staat“ und „viel Markt“. Übersetzt: Massive Kürzungen der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur. Das heißt weniger Sicherheit für alle Arbeitenden und Jugendlichen! Während Schulen und das Schienennetz langsam verrotten (mit Ausnahme der für Konzene und Militär nötigen

Infrastruktur). Außerdem wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert, die genau die Jugend betreffen wird, der heute die Zukunft durch die Kürzungsorgien verbaut wird. Um auf den Schlachtfeldern dieser Welt verheizt zu werden, sind sie gut genug.

Unter dem Druck der internationalen wirtschaftlichen und militärischen Spannungen wird sich dieser Kurs beschleunigen: die „Kriegstüchtigkeit“, die Ausbeutung auf Arbeit, die Abschiebungen... Die deutschen Kapitalist:innen sind gezwungen, schneller als erwartet, Entscheidungen zu treffen. Für die massiven Ausgaben in Aufrüstung sollen die Arbeitenden bezahlen.

Hoch die Tassen gegen die Union der Ausbeutung und Milliardäre!

Merz behauptet, er mache Politik für die Mehrheit der Bevölkerung, die „noch alle Tassen im Schrank hat“. Nein, er macht wie die Ampelregierung eine Politik zugunsten großer, international tätiger Konzerne und für Milliardäre. Er inszeniert sich als Retter der Demokratie, zeigt jedoch sein wahres Gesicht, indem er kritische Stimmen angreift. Warum hat er so eine Abneigung gegen „links“? Vielleicht, weil Linke den brutalen Kapitalismus demaskieren und um Soziales und Solidarität kämpfen... Der Wahlerfolg der Linkspartei hat gezeigt, dass es in großen Teilen der Jugend und der Arbeitenden einen Wunsch nach Widerstand und sozialen Bewegungen gibt.

Wir, die Merz als „linke Spinner“ bezeichnet, haben eine Antwort auf den Kriegskurs. Die Waffe, die wir haben ist, dass wir mehr sind. Jeder Protest zählt. Die Arbeitenden halten die gesamte Gesellschaft am Laufen. Sie können mit Streiks alles stoppen. Damit können wir uns gegen jede Kürzung, jeden Stellenabbau und jeden miesen Tarifabschluss mit viel zu langer Laufzeit verteidigen. Wir brauchen dringend eine Allianz aller Arbeitenden und Ausgebeuteten, um dem System der Wirtschaftsmächte mit ihrem gefährlichen Poker ein Ende zu bereiten.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

EVG-Abschluss: Begeisterung sieht anders aus

200 Euro Einmalzahlung im April 2025, 2 % mehr ab Juli 2025, 2,5 % mehr ab Juli 2026; 2 % tarifliches Zusatzgeld ab Dezember 2027 (als jährliche Einmalzahlung) und 2,6 % tarifliches Zusatzgeld nur für Kolleg:innen im Schichtdienst ab Dezember 2026 mit Möglichkeit der teilweisen Umwandlung in 2 freie Tage ab 2027. Keine Arbeitszeitverkürzung. Wahlmodelle mit 12 Zusatzurlaubstagen bleiben. Für S-Bahn-Lokführer eine neue höhere Entgeltgruppe als „Streckenloführer II“ zum Ende der Laufzeit. Für Cargo gibt es eine besondere Klausel. Wenn sich die wirtschaftliche Situation schlechter entwickelt, darf über Kürzungen „verhandelt“ werden. Für viele Kolleg:innen bei Service und Sicherheit gibt es gewisse Zustimmung. Aber insgesamt ist das völlig daneben. Vor allem mit den 33 Jahren... äh 33 Monaten Laufzeit bis Dezember 2027. Wohin wird die Inflation explodieren? Bis Ende 2027 hat man schon die erhöhte Miete. Was wird an Sozialem gestrichen werden, was wir aus eigener Tasche zahlen sollen?

Schlechte Strategie, schlechter Abschluss

Die EVG-Cheftage hatte von Anfang an wiederholt gesagt, dass unbedingt vor der Bundestagswahl ein Abschluss her soll. Das war der Kniefall vor dem DB-Vorstand, denn das hieß ganz offen, dass es keine Streiks gibt, also keinen Druck.

Die EVG-Oberen behaupteten, nach der Bundestagswahl mit Merz wäre es schwieriger, deshalb die Eile. Aber Merz wird sich sowieso einen Scheißdreck scheeren um die Tarifverträge bei der Bahn und die 33 Monate. Die Drohungen aus dem Lager der CDU hätten Streik als Antwort verdient gehabt.

Die Freiheit nutzt sich nur dann ab, wenn man sie nicht benutzt. Dasselbe gilt auch für die Demokratie und erst recht für das Streikrecht

Eine Krise ist immer gut... für den Vorstand

Die Konzernstrategie ist voll aufgegangen. Sie feiern die 33 Monate „Planungssicherheit“. Wenn einem der Geschäftsführer dafür auf die Schulter klopft und uns für die „Besonnenheit“ lobt, dann ist echt was schief gelaufen. 33 Monate keine Streiks, während die S 3 Sparmaßnahmen laufen, 35.000 Stellen gestrichen und Cargo zerschlagen wird.

Der DB-Vorstand wird so weitermachen, bis aus meckern und Unmut echte Organisation von unten unter Kolleg:innen wird, um wirklich Einfluss zu nehmen.

Frühjahrsbelebung

Zum Glück gibt es einige große Streiktage, was die Laune hebt. Die BVG-ler haben den Verkehr vor der Wahl schön zum Stillstand gebracht. Das BVG-Management verlangt in der Lohnrunde übrigens auch immer noch 30 Monate Laufzeit (anfangs sogar 48 Monate!). Wenn sie könnten, würden sie Laufzeit bis zur Rente fordern. In der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, will der Staat auch 3 Jahre Laufzeit und nur mickrige Lohnerhöhungen. Die Streiks gehen also weiter: in Berlin waren die Krankenhäuser (Vivantes, Charité und CFM) Donnerstag und Freitag dran. Die BSR-Kolleg:in-

nen stehen in den Startlöchern. Es gibt eine bundesweite Streikwelle. Trotz Bundestagswahlen und neuer Regierung...

Infrastruktursondervermögen rüstet auf

Zu den Beschlüssen von CDU/SPD gehört die Schaffung eines „Sondervermögens“ in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre für „Infrastruktur“. In den normalen Medien ist die Rede von Krankenhäusern und Brücken. Die DB feiert das, als wären die 500 Milliarden nur für sie. Sie trauen sich noch nicht auszusprechen, dass dieses „Sondervermögen“ – was genau genommen Sonderschulden sind – vor allem den Konzernen und der Aufrüstung dient. Marode Brücken = schlecht für VW und Rheinmetall. Kriegstüchtigkeit steht im Vordergrund. Schade, müssen wir also weiter Signale mit Gurten festzurren.

Wer von einer Kundgebung gegen diesen Kriegskurs hört, bitte Bescheid sagen und weiter verbreiten!

Görlitz: Züge von Leopard verdrängt

Bei der feierlichen Übergabe des Bahnwerks von Alstom an den deutsch-französischen Rüstungskonzern KNDS malten der bald-Ex-Kanzler Scholz und seine Politprominenz rosige Zukunftsbilder. Statt Doppelstockzügen würde bald für Panzer produziert werden. Über 500 Arbeitsplätze wären gesichert. Trotzdem gab es während der Feierlichkeiten Proteste. Auch die Leute, die im Werk bleiben sollen, sind nicht begeistert. Diese Kriegsertüchtigung macht vor unseren Arbeitsplätzen nicht halt: sei es, weil ganze Betriebe auf Rüstung umstellen oder wir Militärtransporte fahren oder strategische Brücken sanieren sollen.

Mitarbeiterzufriedenheitsquatsch

Ziemlich wenige haben an der neuen Umfrage teilgenommen. Noch weniger gehen mit kleinen Hoffnungen in die workshops. Was einen dort an „Wertschätzung“ rübergebracht wird, macht es den Leuten, die schon auf dem Absprung sind, leider nur noch leichter...

Volle Bücher, voller Druck

Der Zugbauer Stadler Pankow verlangt von den 2.000 Kollegen Lohnverzicht und droht mit Stellenabbau. Warum? Die Auftragsbücher sind zwar Dank gewonnener Ausschreibungen rappellvoll, aber aufgrund „ungünstiger Verkettung verschiedener Faktoren“ sei das Unternehmen unter „wirtschaftlichen Druck“. Übersetzt: Druck machen die Eigentümer, die Gewinne verlangen!

Generalsanierung

... sollte auch zugunsten aller Beschäftigten stattfinden, so wie es für die Züge und Gleise auch gesetzlich vorgeschrieben ist. Z.B. durch Entlastung in den Schichten und bessere Schichtzeiten.

Es gibt noch immer viele Gründe, für Frauenrechte und Gleichberechtigung auf die Straße zu gehen

Demonstrieren wir also gemeinsam zum Beispiel am Samstag, 8. März bei der Gewerkschaftsdemo, 12.30 Uhr Oranienplatz/Ecke Naunynstraße.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || **www.zugfunke.sozialismus.click**



|| Facebook/Instagram: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Klaus Kirschner c/o Berlin